

ASTA info

nr. 7
17. januar 2005



Bachelor- und Masterstudiengänge sind in der Regel gut durchgeplant¹. Wenn beim Lesen dieser Aussage ein Fragezeichen in Deinem Kopf entsteht und Du überlegst, ob Dein Studiengang nur eine Ausnahme von der Regel darstellt, dann bist Du nicht der/die Einzige. Die überlegte und überhastete »Bildungs-

den, ohne über den Inhalt der Veranstaltungen informiert zu sein. Pflichtveranstaltungen sind noch nicht festgelegt oder finden gleichzeitig statt, Fächerkombinationen wie etwa Geschichte/Sozialkunde sind so nicht mehr studierbar. Auch die Sprachanforderungen sorgten für Verwirrung, so bekamen hunderte BewerberInnen Zulassungsbe-

MASTERBLASTER

reform« lässt unzählige Studierende mit nicht tragbaren Studienbedingungen, Fehlinformationen und widersprüchlichen Regelungen allein: An vielen Fachbereichen existieren bisher keine verbindlichen Prüfungsordnungen, trotzdem mussten sich Studierende häufig bereits vor Semesterbeginn verbindlich für Lehrveranstaltungen anmel-

scheide für das Fach Geschichte und erfuhren erst bei der Einschreibung – oft nach ihrem Umzug nach Berlin – dass sie nun doch nicht studieren dürften, da ihnen die neuerdings verlangten Lateinkenntnisse fehlten. Aus Angst vor Klagen nahm die FU diese Regelung jedoch mittlerweile zurück und musste die BewerberInnen immatrikulieren so-

- | | |
|----|--|
| 1 | Masterblaster |
| 3 | Ein Altes Lied und neue Töne |
| 4 | Klüngelalarm |
| 6 | Ein interessantes Seminar |
| 8 | »Bildung neu denken!« |
| 10 | Schlechte Aussichte |
| 11 | Gibt es ein Leben nach dem Sommersemester? |
| 13 | ASTA FU legt Rechtsmittel gegen Ordnungsgeld ein |
| 14 | Wahlen zum Studierendenparlament |
| 15 | Politikwissenschaftliche Referate des Sozialreferats |

INHALT

editorial

»Wieso immer so kritisch, könnt ihr nicht mal das Positive an den Dingen sehen? Dauern nur am rumnörgeln. So schlecht geht es doch garnicht, also ich bin zumindest ganz zufrieden, wie es gerade ist.

Und überhaupt, macht doch mal einen Verbesserungsvorschlag anstatt immer nur alles schlecht zu machen. Da kann ja überhaupt nichts positives bei rauskommen, was ihr so macht. Mal was konstruktives statt immer nur Kritik!«

Nein! Nicht mit uns. In einer Welt wie dieser, die uns als Menschen an vielen Orten in so vernichtender Weise negiert, besteht die einzige Möglichkeit darin, radikal Kritik an den bestehenden Formen zu üben. Negation der Negation nennen wir das. In diesem Sinne hören wir nicht auf den Finger in die Wunde zu legen, und wenn es weh tut, um so besser. Wir nehmen die Dinge nicht einfach hin, 'so wie sie sind', sondern wehren uns gegen das unmenschliche, das endwürdigende, kurz gegen die Negation unseres Seins. Es lebe die Kritik!

In diesem Sinne viel Spaß bei lesen,
Eure Redaktion

► fortsetzung von s. 1

wie Lateinkurse bereitstellen. Hier zeigt sich, dass noch nicht alles verloren ist! In der momentanen »Erprobungssituation« bei der Einführung der neuen Studiengänge gibt es noch Gestaltungsspielräume, die Studierende nutzen können und sollten! Nicht nur damit, dass mensch die allgegenwärtige Staatsmacht in Form von Gerichten und evtl. der Senatsverwaltung auf die unglaublichen Zustände aufmerksam macht, lässt sich das Chaos mildern. Auch in den universitären Gremien und Kommissionen ist noch ein gewisser Spielraum, vor allem, da es bisher kaum verbindliche Regelungen für Bachelor (BA) und Master (MA) gibt. Außerdem lässt sich über die Möglichkeiten, die die Akkreditierung der neuen Studiengänge bietet, noch etwas verändern. Und, nicht zu vergessen: Wie einfach sich Studienordnungen gegen unsere Interessen verschärfen lassen, hängt schliesslich auch von der Stärke unseres Widerstandes ab. Wenn wir uns gemeinsam gegen offensichtlich schlechte Organisation wehren, sei es durch Boykott oder Sabotage von Anmeldeystemen, oder einfach nur dadurch, dass wir immer wieder den Finger in die Wunde legen und nerven: Wenn wir uns organisieren und unsere Interessen vertreten, können wir auch was verändern. Für bessere Stu-

dienbedingungen zu kämpfen ist allemal besser, als sich einfach nur von den bestehenden Umständen frustrieren zu lassen und zu resignieren.

Falls du also den Studienfrust nicht schlucken, sondern den vorhandenen Spielraum nutzen und etwas verändern willst, schick uns Berichte, Vorschläge, Forderungen etc. die die Einführung und Umsetzung der Bachelor- und Masterstudiengänge betreffen, an: hopo@astafu.de.

Wir wollen damit Probleme lokalisieren, Forderungen bündeln und vor allem versuchen, etwas zu verändern!

Wenn du mitmachen willst, komm zum Treffen des Arbeitskreises Hochschulpolitik (AK-HoPo) jeden zweiten Mittwoch um 19:00 Uhr im AstA-Gebäude (Otto-von-Simson Str. 23) gegenüber von der Rost- und Silberlaube.

Die Termine der nächsten Treffen findest Du auf der Webseite www.astafu.de.

■ Anmerkungen

¹ siehe: http://www.studienberatung.fu-berlin.de/wis/downloads/bachelor_und_master.pdf, download vom 13.11.2004

I M P R E S S U M

Das **ASTA** info wird herausgegeben vom *astafu* Otto-von-Simson-Str.23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839 091-0, per Mail unter info@astafu.de. Faxen an: 831 45 36. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Aktuelle Infos gibt es jeweils unter:

www.astafu.de

Auflage: 3 000
Druck: ASStA-Druck
Redaktion: Melanie Guba, Einar Aurfurth,
in Zusammenarbeit mit dem AK-Hochschulpolitik
Layout: Bert Buchholz
Die Fotografien stammen vom Umbruch Bildarchiv.

EIN ALTES LIED UND NEUE TÖNE

VERFASSUNGSGERICHTSURTEIL
ZUM STUDIENGEBÜHRENVERBOT

VON KM

Am 26. Januar 2005 wird das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe sein Urteil zur 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) verkünden. Diese Novelle will das Verbot von allgemeinen Studiengebühren für das Erststudium und die Festbeschreibung verfasster Studierendenschaften (zum Beispiel in Form des Studierendenparlaments und des AstA) gesetzlich auf Bundesebene verankern. Mit der Begründung, der Bund überschreite damit seine Handlungskompetenzen, zogen einige unionsgeführte Bundesländer vor Gericht und klagten gegen die Novelle der Bundesregierung.

Bei der Entscheidung des BVerfG wird es also darum gehen, ob das allgemeine Studiengebührenverbot in Deutschland gekippt wird und dann, sobald entsprechende Ländergesetze verabschiedet sind, eine flächendeckende Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester möglich wird. Andernfalls würde es bei dem derzeit noch bestehenden Gebührenverbot für das universitäre Erststudium bleiben – die als Studienkonten oder Langzeitgebühren getarnten Modelle sind davon bereits ausgenommen.

Neben dem seit Jahren diskutierten Thema der Studiengebühren steht auch die studentische Selbstverwaltung auf dem Spiel: Das BVerfG wird entscheiden, ob das Bestehen selbstverwalteter und unabhängiger Studierendenvertretungen in Form der verfassten Studierendenschaften vom Bund gesetzlich festgeschrieben werden darf, oder ob es den Bundesländern überlassen bleibt, demokratisch legitimierte Vertretungen von Studierenden zuzulassen oder zu verbieten. In den unionsgeführten Ländern, die vor dem BVerfG klagen droht damit also eine unmittelbare Abschaffung der verfassten Studierendenschaften.

Weil eine solche Entwicklung von studentischer Seite natürlich nicht hingenommen werden kann, sind in den nächsten Tagen und Wochen wieder bundesweit Aktionen geplant.

In Vorbereitung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird es am 18. Januar um 14 Uhr auf dem Markt-

platz in Karlsruhe eine gemeinsame Kundgebung von SchülerInnen, Azubis und Studierenden geben, um in der Debatte um die Entscheidung des Gerichts einen klaren Akzent gegen Studiengebühren zu setzen und die Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle zu unterstreichen.¹

Am 26. Januar 2005 ist es soweit. Wir müssen damit rechnen, dass das prinzipielle Verbot von Studiengebühren für alle ab dem ersten Semester durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe aufgehoben wird. Das wird zur Folge haben, dass Bildung vom Grundrecht bald völlig zu einer Ware verkümmert, die sich ausschließlich ein kleiner, finanziell privilegierte Teil der Bevölkerung leisten können. Massive Einschnitte und Verschlechterungen erleben wir aber keineswegs nur an den Unis, sondern im gesamten Bildungs- und Sozialbereich. Unser Widerstand gilt daher nicht nur den katastrophalen Umstrukturierungen an den Hochschulen. Wir engagieren uns entschieden für eine Politik, die die sozialen Bedürfnisse der Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt, gegen Marginalisierung, Verarmung und Vereinsamung. Gemeinsam für eine offene, kritische und gerechte Gesellschaft!²

■ Anmerkungen

¹ Kundgebung im Vorfeld des Urteils in Karlsruhe
Studi-SchülerInnen-Azubi Großaktion
Ort: Karlsruhe auf dem Marktplatz
Zeit: Dienstag, 18.01.2005, 14 Uhr

² Nord-Demo, Aufstehen! Mitgehen! Verändern!
Ort: Campus Uni Hamburg
Zeit: Donnerstag, 03.02.2005, 14 Uhr

Aufruf: »Studiengebühren stoppen – Bildung ist keine Ware!
Gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau!«

Weitere Informationen auf:
www.astafu.de
www.kein-spiel-mit-bildung.de
www.studis.de/pm

Online Unterschriftenaktionen gegen Studiengebühren:
www.kein-spiel-mit-bildung.de/unterschreiben/index.html



KLÜNGEL ALARM

EIN BERICHT ÜBER DIE STUDENTISCHE
DARLEHENSASSE

VON JENNY SIMON

Die Studentische Darlehenskasse e.V. (Daka) entstand ursprünglich als studentisch organisierter Selbsthilfeverein, um Studierenden in finanzieller Notlage die Beendigung ihres Studiums zu ermöglichen. Mit Geldern, die sich aus Beitragszahlungen der Universitäten und Fachhochschulen, der angeschlossenen Studierendenschaften sowie weiterer Vereinsmitglieder zusammensetzen, werden Studienabschlussdarlehen an Studierende und Doktoranden/Doktorandinnen in den letzten beiden Studiensemestern vergeben.

Von studentisch organisierter Selbsthilfe kann heute jedoch nicht mehr die Rede sein, im Gegenteil: Die Studentische Darlehenskasse ist zu einer illustren Runde mutiert, die insbesondere durch aus der Privatwirtschaft stammende Vereinsmitglieder und Personen des FB Wirtschaftswissenschaften der FU dominiert wird. Man versteht sich als »Kreditinstitut mit Sonderaufgaben« und praktiziert eine für Außenstehende und Studierendenvertreter undurchsichtige Vereinspolitik. Demokratisch zu besetzende Ämter, durch die wenigstens ein Minimum an studentischer Interessenwahrnehmung und Kontrolle gewahrt werden könnte, werden in internen Klüngelrunden vergeben, nicht nachvollziehbare Kredit- und Wertpapiergeschäfte getätigt und eine mangelhafte Informationspolitik gegenüber den Studierenden betrieben. Dies scheint um so bedenklicher, als dass der Verwaltungsrat des Vereins durch niemand anderen als den für unseriöse Geldgeschäfte im Zusammenhang mit dem Berliner Bankenskandal bekannten Hubertus Moser geleitet wird.

Die Studierenden stehen dem als BittstellerInnen gegenüber, die Verfügungsgewalt über die für sie bestimmten und teils auch von ihnen eingezahlten Gelder haben andere. Der Versuch studentischer Mitbestimmung und Kontrolle über die eigenen Gelder wird vom Verein als Angriff verstanden, ignoriert und Einflussnahme weitgehend unterbunden. Auch die von der Studentischen Darlehenskasse beschäftigten studentischen Mitarbeiter haben augenscheinlich eher ihre Aufstiegschancen innerhalb der Vereinshierarchie, als die Wahrung studentischer Interessen im Kopf. So antwortete beispielsweise ein studentischer Mitarbeiter auf den Vorwurf der mangelnden Information der Studierenden über die Existenz der Darlehenskasse, es sei nicht wünschenswert die Studierenden umfassend zu informieren, weil dann noch mehr Personen kämen, um Darlehen zu beantragen. An einzelnen, von der Darlehenskasse als besonders förderungswürdig befundenen Fachbereichen, wie der Medizin, Jura und Wiwis, werden hingegen gezielte Werbekampagnen durchgeführt.

Zum Eklat kam es im Sommersemester 2004 während der Sitzung des Verwaltungsrates der Studentischen Darlehenskasse, auf der die Wiederwahl des Vorstandsvorsitzenden Moser und eine Neuwahl des studentischen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden erfolgen sollte. Als die Studierendenvertreter AlternativkandidatInnen zu den vom Vereinsklüngel vorgeschlagenen Bewerbern ernann-

■ **Die Studentische Darlehenskasse e.V.** Berlin vergibt als gemeinnütziger Verein Studienabschluss- und Promotionsdarlehen an Studierende in finanzieller Notlage. Darlehen können von Studierenden und Doktoranden/Doktorandinnen der HU, FU, TU, UDK, ASFH, EFB und TFH für die letzten beiden Studiensemester beantragt werden. Auch Studierende, die im vorletzten Jahr des Studium ein nicht oder gering vergütetes Vollzeitpraktikum absolvieren müssen, können Darlehen beantragen.

Der/die AntragstellerIn benötigt zwei Bürgen sowie Gutachten von zwei prüfungsberechtigten DozentInnen, die bestätigen, dass ein Abschluss des Studiums innerhalb der folgenden zwölf Monate realistisch ist.

Darüber hinaus wird benötigt: Personalausweis, Passbild, Immatrikulationsbescheinigung und das ausgefüllte Antragsformular.

Die Darlehenshöhe beträgt maximal 8040,- € in 12 Monatsraten, durchschnittlich jedoch ca. 5660,- €. Die Höhe des tatsächlichen Darlehens richtet sich nach den jeweiligen Studien- und Lebenshaltungskosten. Die für das Darlehen berechneten Zinsen betragen durchschnittlich etwa 4,3%.

Die Rückzahlung des Darlehens beginnt sechs Monate nach der Auszahlung der letzten Darlehensrate, die Höhe der Rückzahlungsraten ist abhängig von der Höhe des vergebenen Darlehens.

Antragsformulare, weitere Infos und Beratung gibt es unter:

Studentische Darlehenskasse e.V.	Tel:	(030) 319 001-0
Studentenhaus 1. Stock (Alte TU-Mensa)	Fax:	(030) 319 001-25
Hardenbergstraße Nr. 35	E-Mail:	mail@dakaberlin.de
10623 Berlin	Hhomepage:	www.dakaberlin.de

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do, Fr, von 10-12 Uhr	Während der vorlesungsfreien Zeit:
Mi von 14-16 Uhr	Di und Do von 10-12 Uhr

ten, reagierten viele Vereinsmitglieder aggressiv, die Studierendenvertreter wurden beschimpft, die studentischen Kandidaten als inkompetent tituliert und die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit im Falle einer Wahl angedroht. Allein das Vorschlagen eigener KandidatenInnen sei verantwortungslos, fahrlässig und wurde als Missbrauch vermeintlicher Regelungslücken in der Vereinssatzung bezeichnet. Die Position des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden sei jahrelang nach internen Absprachen durch studentische Mitarbeiter besetzt worden, die sich bereits als SachbearbeiterInnen innerhalb der Darlehenskasse hochgearbeitet hätten. So wurde jedoch auch das per demokratischer Wahl zu besetzende Amt des stellvertretenden Vorsitzenden und damit die alltägliche Vereinspolitik des Verwaltungsrates jeglicher studentischer Kontrolle entzogen. Der zurückgetretene stellvertretende Vorstandsvorsitzende wollte gar inmitten des Abstimmungsverfahrens seinen Rücktritt widerrufen, als deutlich wurde, dass die vom Vorstand favorisierte Kandidatin keine Mehrheit bekommen würde. Was würde wohl Merkel sagen, wenn Schröder die Bundestagswahl aussetzen wollte, weil der/die CDU KandidatIn inkompetent sei und eine demokratische Wahl Kontinuität und Qualität gefährde?

Wegen »rechtlicher Bedenken« des Vorstands und einiger Vereinsmitglieder gegen die Wahl der studentischen KandidatInnen wurde die Wahl letztendlich vertagt und die vom Vorstand bevorzugten KandidatInnen in der folgenden Sitzung durchgedrückt. Später stellte sich heraus, dass der Vorstand der Darlehenskasse die durch die Stu-

dierendenvertreter abgelehnte Kandidatin bereits vor der Wiederholung der Wahl eigenmächtig eingesetzt hatte.

Sowohl die Vereinspolitik als auch das Verhalten gegenüber den Studierendenvertretern zeigte deutlich die mangelnde Bereitschaft, insbesondere des Vorstands, studentische Interessen oder Kritik zu berücksichtigen. Dem plumphen Ausschalten studentischer Einflussnahme wird wohl eine Satzungsänderung folgen, die eine Tätigkeit als studentischer MitarbeiterInnen bei der Daka zum Ausschlusskriterium für eine zur Wahlstellung studentischer Ämter erhebt. Da diese allein durch Verein und Vorstand eingesetzt werden, ist damit das Amt des studentischen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und somit auch die tägliche Vereinspolitik jeglicher Mitwirkung und Kontrolle durch die Studierendenschaft entzogen. Angesichts dieser Entwicklungen und des undurchsichtigen Personal- und Finanzklüngels innerhalb der Darlehenskasse wird derzeit nach Möglichkeiten gesucht, Einfluss auf die Vergabe der studentischen Gelder zurückzugewinnen. So gibt es insbesondere an der HU Überlegungen, eine eigene Darlehenskasse zu eröffnen, deren Mittel über die Sozialreferate der Unis vergeben werden könnten. Ob nun im bestehenden Verein gegen den Klüngel vorgegangen werden soll, oder ein eigener Verein gegründet wird, fest steht, dass der bestehende Darlehenskasse und ihren Machenschaften etwas entgegengesetzt werden muss! Schließlich handelt es sich um unsere Gelder!

Daher: ran an die Kohle, Anträge stellen, das Geld gehört euch!



EIN INTERESSANTES SEMINAR...

VON DER AG KRITIKAL
AM INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE

■ ■ ■ sollte es eigentlich werden: »Staat als Integration – Erinnerungs- und Symbolpolitik«.

Ange­sichts der in der Öffent­lich­keit mehr und mehr Platz ein­neh­men­den Propa­gierung und Rechtfertigung einer kollektiven deutschen Identität, die auch vor systematischem Geschichtsrevisionismus nicht zurückschreckt, um durch die Beschwörung einer gemeinsamen Geschichte und eines sogenannten kollektiven Gedächtnisses ein Nationalstaatsbewusstsein in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern, ist dieses Thema hochaktuell. In unserem Fall

wird besonders deutlich, wie die oben erwähnte Integration ins Kollektiv durch den Staat funktioniert. Vielversprechend also die Vorankündigung des Dozenten Ekkehard Klaus: »... In den USA gibt es eine Vision des Gemeinwesens (»liberty and justice for all«), die seit Jahrhunderten – notfalls kontrafaktisch – Magnetkraft für unzählige Ethnien entfaltet, indem sie Stolz auf die wirkliche oder mythische Geschichte vermittelt. Und in Deutschland?«

Vielversprechend auch der Anfang der ersten Sitzung: Der Dozent lässt auf anonymen Fragebögen Aussagen wie

»Nie wieder Auschwitz! Das ist in meinen Augen die einzig denkbare Grundlage für die neue Berliner Republik!«, »Der Geschichtssinn der Deutschen ist seltsam gebrochen ... Schiefelage ... Einseitigkeit fatal ... keine Lust mehr, die 55. Hitler-Biographie zu lesen ... Leute, wacht doch mal auf!...«, »Ich bin gern Deutscher« und »Achte eines jeden Menschen Vaterland, aber das deinige liebe!« abstimmen und diese auch gleich auswerten.

Unglaublich, dass der Dozent keine kritischen Bemerkungen dafür fand, dass die letzten drei erwähnten Aussagen etliche Bejahungen erfuhren. Interessiert und erfreut lauschte er Redebeiträgen, in denen sich beschwert wurde, dass »die Anderen« so stolz auf ihre Nation sein dürften und dies auch seien – es wurde beispielsweise das »spanische Temperament« bemöhnt – und nur auf Deutschland ein Fluch lastete. Wer nun aber nach dem Seminar verwundert oder empört den Raum verließ, der erlebte bei der Lektüre der von Klausas verfassten Seminartexte permanent ekeleregende Überraschungen.

In der Folgezeit offenbarte sich, was für ein Anhänger von nationalem Pathos unser Dozent ist und was alles an Menschenverachtung, Borniertheit, Rassismus und Antisemitismus herauskommt, wenn ein Mensch einfach nicht seine deutschnationale Brille abnehmen kann und also ständig Gegensätze wie (»autochthon«) Deutsche/Fremde und Deutsche/Jüdinnen und Juden aufmacht.

So beispielsweise wenn gleich die erste Referentin zum Thema »Leitkultur und nationale Identifikation/Integration« in Bezugnahme auf Klausas Texte mit der Bemerkung endet, es sei vielleicht doch nicht so sinnvoll, wenn in die ohnehin überlasteten Sozialsysteme noch zusätzlich zumindest teilweise integrationsunwillige »Ausländer« einwandern. Im Anschluss wies Klausas selbst zuerst auf die Tatsachen hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt relativ wenig Lohnarbeit, Schulabschlüsse und Deutschkenntnisse erreichen, und dann, einen Satz später, darauf, dass »wir ja alle wissen, wie sich die Geburtenraten entwickeln«.

Oder, wenn sich sein Faible für Nationalgeschichte und die sogenannten preußischen Traditionen und Werte zeigt. Bei einem Referat zur deutschen politischen Kultur der letzten 200 Jahre fragte er immer wieder mit genüsslich-forschendem Blick Daten und Namen der preußisch-deutschen Militärgeschichte des 19. Jahrhunderts ab. Bei dieser Gelegenheit glänzte er mit historisch-politischen Analysen, wie der, dass in irgendeinem preußischen Regiment Hitler nie sehr beliebt gewesen war, und dass die preußische Soldatenethik gar nicht konform mit dem NS gehen konnte, was dann zum Hitler-Attentat der sogenannten Widerstandsgruppe um Stauffenberg am 20. Juli 1944 geführt habe. Unglaublich auch Klausas Analyse des Hitler'schen Hasses und seines Erfolges: »Hitler hatte seinen fanatischen Antisemitismus in Wien gelernt, der war dort stark verbreitet.« Dass er keine kritischen Nachfragen

stellt, wenn die Referentin eine Umfrage aus den 70ern zitiert, in der über 40 % der befragten Deutschen meinen, Hitler sei ohne Berücksichtigung des Krieges als einer der größten deutschen Staatsmänner anzusehen, ist keine Überraschung. Die prinzipielle Anerkennung von Staatsoberhäuptern und der Versuch der Herstellung einer nationalen Identität und Größe sind für ihn ja legitim.

Als bei dem dritten Referat zum Thema Nation die Referentin von einem französischen Autor spricht, der die These vertrat, dass eine Nation auch von den historischen Taten ‚ihrer‘ ‚großen Männer‘ und in dem Gedenken daran geeint wird, und der generell der Ansicht war, Männer seien den Frauen überlegen, unter anderem, da letztere solche Taten nicht zustande brächten, fällt Klausas nur ein: »An die Jeanne d'Arc hat er dabei wohl nicht gedacht.« Im Anschluss an dieses Referat folgte dann der bisherige Höhepunkt, als es eine Diskussion darüber gab, ob die Menschen generell in Rassen einzuteilen sind. Dabei warf Klausas einer Studentin Besessenheit vor, weil sie sich gegen den Begriff der Rasse und die Behauptung, Rassismus sei nur die wertende Kategorisierung von Menschen in Rassen, sperrte.

So weit einige Geschehnisse aus dem Seminar, in denen Klausas Ansichten über deutschnationale Größe und – in Anlehnung an Martin Walsers bekannt gewordenen Ausfälle – deren Schädigung durch »Moralkeulen, -pistolen und -kanonen« vor allem von jüdischer Seite noch vergleichsweise wenig Ausdruck finden (siehe dazu die Broschüre der AG-Kritikal »Die Causa Klausas«). Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass Klausas lange Zeit NS-Gedenkstätten-Referent des Berliner Senats war und nun als Privatdozent am Institut für Soziologie der FU lehrt. So viel also zu deutscher Normalität. So jemand sollte unserer Meinung nach keine Lehrbefugnis erhalten – eine Lernpflicht wäre da wohl angebrachter. Das ist allerdings eine zu kurz greifende Forderung wenn in Betracht gezogen wird, dass sein Chauvinismus symptomatisch für eine Wissenschaftslandschaft ist, in der das Konstrukt der ‚nationalen Identität‘ nicht kritisiert und Antisemitismus systematisch verdrängt wird, sondern wo nationale Gewissens- und Gedächtniserforschung schon immer einen etablierten Platz in politischer Soziologie und Geschichtswissenschaft hatten.

Klausas Texte »Die Kunst, Staat zu machen« (aus: Süddeutsche Zeitung vom 23./24. 4. 1988) und »Leitkultur – ein globales Problem und eine sehr deutsche Debatte« (aus: Mut, Nr. 423), sowie der wohl widerlichste, »Gedenken in Deutschland – Verdienste, Störfälle, Lücken«, sind allen Interessierten zur kritischen Lektüre empfohlen, da hier nicht auf jedes Unding eingegangen werden kann, und wir befürchten, dass die hier thematisierte deutsche Normalität in nicht allzu ferner Zukunft überhand nehmen wird. Fragen und Anmerkungen an: ag_kritikal@yahoo.de.



»BILDUNG NEU DENKEN!«

VON ANDY

Bildung neu denken!« ist der Titel der 2003 erschienenen Studie, für die FU Präsident Dieter Lenzen die Gesamtedaktion führte. Beauftragt von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. machten Lenzen und sein Expertenteam sich Gedanken zur Bildung von morgen. Dieser Artikel will kurz die wichtigsten Gedanken der Studie aufgreifen und gleichzeitig ein Schrei der Empörung sein.

»Mögen alle unsere Investitionen in Bildung reichlich Zinsen bringen«, Randolph Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. So endet das Vor-

wort, und damit ist eigentlich auch schon das Wesentliche gesagt. Die Studie will einen Entwurf für einen zukünftigen Umgang mit Bildung in der deutschen Gesellschaft liefern und stellt klar, was Bildung in Zukunft sein soll: Ressource für die deutsche Wirtschaft.

Das geht soweit, dass das individuelle sich Entziehen aus Bildungsprozessen als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verlust bezeichnet und der Staat dazu aufgefordert wird, dagegen Maßnahmen zu ergreifen (S. 100). Nach dem Grundsatz kapitalistischer Verwertbarkeit wird für die Bildung ein »sparsamer Umgang mit Lebenszeit« (S. 35) gefordert. Darüber hinaus scheint Bildung allerdings keine Bedeutung zu haben. Hier und da gesteht Lenzen zwar, dass sie im privaten Bereich ganz wichtig sei, im Nachsatz wird aber gleich klargestellt, dass »Allgemeinbildung im Sinne personaler Kompetenzen [...] auch durch arbeitsbezogene [...] Bildung erworben werden kann« (S. 115). Der Versuch über Bildung »gesellschaftspolitische Veränderungsziele« (S. 323) zu verfolgen müsse allerdings als gescheitert betrachtet werden. Dem steht die Empfehlung der Ökonomisierung von Bildung gegenüber (S. 324) und stellt sich als eine offene Absage an öffentliche Demokratisierungsprozesse dar. Stattdessen werden Effizienz und Marktorientierung als die entscheidende Kategorie für Bildung und für die gesamte Gesellschaft gesetzt.

Daraus ergibt sich auch, was Bildung nicht sein soll, zum Beispiel kostenlos. Lenzen behauptet, »erfolgreiches Lernen [sei] möglich durch persönliches Eigentum an Lernmitteln« (S. 121) und begründet so die Abschaffung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Weiter wird eine Kostenbetei-

»Durch Kindheit und Jugend würde nur Zeit verloren, meinte Professor Bunke. Da hat er ja recht, Er sagte, wer einen Sohn, der Rechtsanwalt sei, etwa benötige, brauche ihn nur zu bestellen. Man liefere ihn, frei ab Fabrik, in des Vaters Kanzlei, promoviert und vertraut mit den schwersten juristischen Fällen. Man brauche nun nicht mehr zwanzig Jahre zu warten, daß das Produkt einer unausgeschlafenen Nacht auf dem Umweg über Wiege und Kindergarten das Abitur und die übrigen Prüfungen macht.«

aus »Der Synthetische Mensch« von Erich Kästner

Die Studie fordert eine konsequente Abkehr von allen sozialen Prinzipien. Die Gewinner der Gesellschaft, hier mit Leistungsträgern zu übersetzen, sollen die großen Chancen bekommen. Das heißt natürlich, dass Menschen, die keine Leistungsträger sind, diese Chancen nicht bekommen. Wettbewerb, Marktwirtschaft, Effizienz sind die Zauberworte und die Konsequenz nichts anderes als eine Sprengladung in der Kluft zwischen Arm und Reich.

Der Begriff »Chancengleichheit« soll dann nach Maßgabe der Studie auch durch »Chancengerechtigkeit« ersetzt werden (S. 122). Das bedeutet als Kriterium für die Verteilung von Ausbildungschancen werden neben »Leistung« die individuellen Lernmöglichkeiten angegeben. Diese seien u.a. genetisch bedingt (S. 90). Über den Begriff der Leistung wird hier ein weiterer Auslesemechanismus geschaffen, der Systemkonformität und vor allem ganz einfach Reichtum belohnen und Herrschaftskritik ersticken

»Das Individuum der Zukunft handelt [...] in erheblichem Maße auch unter Verzicht auf eigenen Nutzen.«

Ein Kommentar zur Studie »Bildung neu Denken!« von FU-Präsident Dieter Lenzen

ligung der Nutzer von Bildungseinrichtungen (S. 23) gefordert, was explizit Studiengebühren mit einschließt (S. 111) und »eine Instrumentalisierung der Grundschule zum Zwecke sozialer Egalisierung« (S. 131) kritisiert. Der heutige Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Eltern und den Bildungschancen der Kinder wird bei Anwendung der Vorschläge der Studie ohne Zweifel noch wesentlich vergrößert werden.

Zudem sollen die Bildungseinrichtungen in Zukunft selber bestimmen, wer ihr Kunde werden darf und wer nicht (S. 39). Ob zum Beispiel Leute mit zotteligen Haaren dann noch Zugang zu höherer Bildung haben werden ist fraglich. Die Vorurteile der Leiter zukünftiger »Bildungsunternehmen« (S. 231) werden so zu Kriterien für die Aufnahmen von Studierenden.

würde. Es soll zwar eine »objektive Leistungsdiagnostik« (S. 12) her, aber offensichtlich bewegt sich diese »Objektivität« innerhalb verwertungslogischer Gedankengänge.

Dazu gesellt sich die Durchdringung aller Lernprozesse von ständigen Leistungskontrollen. Da findet schon vor der Einschulung ein sogenanntes »Schulleistungsscreening« statt (S. 13), im Jugendalter wird nach Leistung selektiert, wer welchen Schultyp besuchen darf (S. 187) und das setzt sich so in allen »Lebensaltern« fort. Dabei soll es statt den klassischen Überprüfungsverfahren eine »kontinuierliche Leistungsdiagnostik« (S. 29) geben. Die dann zu permanentem Leistungsdruck führt. Leistungsfähig ist nur, wer ganz schnell lernt, was auf dem Lehrplan steht. Und was auf dem Lehrplan steht, soll natürlich bald auch von

der Wirtschaft bestimmt werden, »Outsourcing der inhaltlichen Aufsicht« (S. 325) heißt das bei Lenzen.

Im Zuge der Mängel des deutschen Bildungssystems wird weiter kritisiert, dass ein »Subjektivitätskult [...] das individuelle Wohlgefühl in den Mittelpunkt des Lebens« gerückt hat (S. 53). »Das Individuum der Zukunft handelt [...] in erheblichem Maße auch unter Verzicht auf eigenen Nutzen« (S. 20). Also ist es nicht nur eine ungewollte Folge der vorgeschlagenen Reformen, dass es dem Großteil der Bevölkerung verdammt schlecht gehen wird, die AutorInnen wollen gar nicht, dass es irgendwem gut geht. Immerhin fehlt es an dieser Stelle nicht an der nötigen Konsequenz. Wir sollen uns alle abrackern und es geht uns allen die ganze Zeit ziemlich dreckig. Denn schließlich kann eine »maßlose Feier der Freizeit« (S. 97) nicht im Interesse der Gesellschaft sein. Und eine »falsch verstandene Individualisierung« (S. 28) führt ja auch zu nichts. Eine richtig verstandene Individualisierung, wird also mit beruflicher Spezialisierung gleichgesetzt.

Als wäre das alles nicht genug, fordern die AutorInnen tatsächlich noch, dass Kinder ab 4 Jahren eingeschult (S. 141), ein soziales Pflichtjahr eingeführt werden (S. 108) und die Altersbeschränkungen für Berufstätigkeit fallen soll. Zusammengefasst bedeutet das die Abschaffung sozialstaatlicher Errungenschaften zu Gunsten der Götzen Marktwirtschaft und Wettbewerb.

Auch dem Bildungsauftrag zur Demokratisierung wird von Lenzen eine ehrliche Absage erteilt. Am deutlichsten wird das in der Annahme die Verfolgung gesellschaftspolitischer Veränderungsziele als gescheitert zu betrachten (S. 323f). Mensch könne es »sich nicht leisten, hinter den [...] globalen Forderungen zurückzubleiben« (S. 323). Dabei wird dann sogar die Aufarbeitung des Nationalsozialis-

mus in Frage gestellt: »Der Weiterbildungsauftrag von Einrichtungen wie der Landeszentrale für politische Bildung war nach 1945 historisch begründet und ist insoweit einer kritischen Prüfung zu unterziehen« (S. 276).

Forderungen wie sie in Lenzens Studie »Bildung neu Denken!« ernsthaft öffentlich aufgestellt werden ist schon ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Der angebrachte vehemente Widerstand ist bisher allerdings ausgeblieben. Ob das an der Gleichgültigkeit der Betroffenen oder daran liegt, dass die Studie zumindest in der Studierendenschaft keine LeserInnen gefunden hat, mag dahin gestellt bleiben. Die Lektüre sei an dieser Stelle jedenfalls empfohlen. Vorm Lesen aber bitte sicherstellen, dass keine Wurfgeschosse in eurer Umgebung liegen, die Anschaffung eines Beibringens wird zudem empfohlen.

Zum Schluss noch ein paar Zitate, die zwar nicht direkt bildungspolitischer Natur aber immerhin ein Beweis dafür sind, dass über Hochschule und Bildungspolitik nicht isoliert von den gesellschaftlichen Verhältnissen in denen sie sich befinden diskutiert werden kann:

»Gleichzeitig hat diese eurozentrische Vereinheitlichung jedoch religiös motivierte Wertkonzepte aktiviert, die aus einem andern Kulturraum kommen und in extremen Ausformungen sogar die Existenzberechtigung anderer Religionen in Frage stellen. Wenn das Bildungssystem in dieser Lage auf nicht-restriktiver Toleranz bestehen will, läuft es Gefahr, den Unterschied zwischen Legitimität und Illegitimität zu verwischen« (S. 66).

»Erst unter den Bedingungen struktureller Arbeitslosigkeit ist für viele – nicht alle – der Wert des Arbeitens wieder sichtbar geworden« (S. 97).

»Arbeit und Arbeitslosigkeit werden sich ergänzen« (S. 79).

SCHLECHTE AUSSICHTEN

VON BRIAN BECKERS

Prof. Rainer Mennel, Dozent an der FU-Berlin im Institut für Geographische Wissenschaften, macht aus seiner rechten Gesinnung keinen Hehl. So zitiert er in seinen Büchern und Seminaren unkritisch und selbstverständlich nationalsozialistische Vordenker und Theoretiker wie Haushofer (Blut und Boden – Theorie) oder Otto Maull und verwendet deren Vokabular. Er hält u.a. Vorträge bei der rechten Gothia – Burschenschaft und der Deutschen Partei. Das Vorwort zu seinem Buch »Der Balkan – Einfluss- und Interessensphäre« schrieb der Generalleutnant a.D. und Nazi Franz Uhle-Wettler, der schon mal der Meinung ist, die Alliierten hätten das Deutsche Volk nach dem 2. Weltkrieg geistig vernechtet und diesen Krieg als noch nicht beendet ansieht.

Mennel ordnet sich selber in die Politische Geographie ein, deren Teilgebiet die – wie er sagt zu unrech – in Veruruf geratene Geopolitik sei. Hintergrund ist hier, das die deutsche Expansionspolitik im 2. Weltkrieg sich auf Theorien der Geopolitik stützte. Teilgebiet der Geopolitik ist die Wehrgeographie, als einer deren Vertreter sich Mennel ansieht. Sie beschäftigt sich wie der Name schon sagt mit den geographischen Aspekten des Militärs.

Dementsprechend sind seine Seminare und Bücher aufgebaut. Aus dem Vorlesungsverzeichnis ist das jedoch nicht herauszulesen und es stellt sich die Frage, wer an der FU – Berlin einen Wehrgeographen braucht. In Zeiten in denen Deutschland den Krieg als politisches Mittel wieder entdeckt hat erübrigt sich wohl die Antwort.



G I B T E S E I N L E B E N

NACH DEM SOMMERSEMESTER

VON DER SEMESTERTICKETBEAUFTRAGTEN
DES ASTA DER FU

Zeitgleich mit den studentischen Wahlen findet vom 18.01. bis zum 20.01.2005 eine weitere Urabstimmung zum Semesterticket statt. Es wird nochmals das Angebot des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) zur Abstimmung gestellt. Dieses Angebot sieht folgende Preissteigerung vor: 141 € im WiSe 2005/2006, 145 € ab dem SoSe 2006, 149,59 € ab dem SoSe 2007, zum SoSe 2008 muss ein neuer Semesterticketvertrag ausgehandelt werden.

Im SoSe 2004 unterschrieb der AstA eine Zusatzvereinbarung zum Semesterticketvertrag, in der die Verkehrsunternehmen einer Weiterführung des Semestertickets im WiSe 2004/2005 zum Preis von 115 € nur unter der Bedingung zustimmten, dass der AstA eine Urabstimmung über das Preisangebot der Verkehrsunternehmen durchführt. Diese Urabstimmung fand vom 29.06. bis zum 01.07.2004 statt. Zur Abstimmung wurden zwei Fragen gestellt: 1.

das Preisangebot der Verkehrsunternehmen und 2. das Preisangebot der Studierendenschaften. 17,89 Prozent der FU-Studierenden nahmen teil. Mit 72 Prozent wurde das Preisangebot der Verkehrsunternehmen abgelehnt und 94 Prozent sprachen sich für das Preisangebot der Studierendenschaften aus. Entgegen der Planung, dass alle Berliner Universitäten zeitgleich abstimmen, musste die TU die Urabstimmung aufgrund von Differenzen mit ihrer Rechtsabteilung auf das WiSe 2004/2005 verschieben. Damit wurde dem VBB Zeit und Raum gegeben, um zum einen weitere Verhandlungen zu verweigern, da sich die Studierenden der TU ja noch nicht zum VBB-Angebot positioniert hatten, und zum anderen um mit Hilfe der Presse die massiven Kritikpunkte an diesem Angebot durch die Länderkoordination Semtix Berlin-Brandenburg (Zusammenschluss der Semesterticketbeauftragten aller beteiligten Hochschulen) belanglos erscheinen zu lassen.

Allgemeine Hintergrundinformationen zum Semesterticket findest du unter: www.semtix.de.

Über den aktuellen Stand der Dinge kannst du dich jederzeit auf der Homepage des AstA informieren: www.astafu.de.

Zur Erinnerung: Grundlage für das Preisangebot des VBB ist ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten. Dabei waren nicht nur das Zustandekommen dieses Gutachtens sowie die vom VBB festgelegten Bewertungskriterien höchst zweifelhaft, vielmehr zeigte die Berechnung an sich gravierende Fehler, die auf die Rechtfertigung eines Wunschpreises schließen ließen. Da das Semesterticket im Gegensatz zu allen anderen Tarifen auf dem Solidarmodell beruht, das heisst, dass alle Studierende diesen Fahrschein kaufen müssen, wenn sie immatrikuliert werden (bzw. bleiben) wollen, muss es umsatzneutral sein. Fakt ist jedoch, dass die Verkehrsunternehmen das Solidarmodell nutzen wollen, um Gewinne in Millionenhöhe zu machen. Allein mit der FU würden die Verkehrsunternehmen an den Studierenden über 5 Mio. € verdienen. Nähere Informationen zur Preiswillkür sind u.a. dem Semtix-Info Oktober 2004 zu entnehmen. Detaillierte Informationen zum Gutachten findest du auch unter www.semtix.de.

Alle Blicke richteten sich im November 2004 auf die TU. Selbst der Geschäftsführer des VBB hatte genug zu verlieren, um lieber persönlich beim dortigen StuPa zu erscheinen und sein Angebot zu lobpreisen. Entweder die TU-Studierenden lehnen das VBB-Angebot ab und ermöglichen damit ein schnelles Einknicken der Verkehrsunternehmen oder nehmen das Angebot mit 75 Prozent an und beenden die Verhandlungen, bevor sie angefangen haben. Die TU-Studierenden entschieden sich für das VBB-Angebot. Angesichts dieses Ergebnisses kündigte der RefRat der HU Ende November 2004 an, auch eine kurzfristige Urabstimmung durchzuführen. Dort wurde das VBB-Angebot mit 92 Prozent angenommen. Anfang Dezember beschloss der AStA FU die nun stattfindende Urabstimmung. Die Strategie des VBB war siegreich.

Im Gegensatz zu allen anderen Hochschulen ist es uns leider unmöglich, ein Semesterticket für das SoSe 2005 umzusetzen. Dies liegt am Verfahren der Rückmeldung. Diese unterscheidet sich von Hochschule zu Hochschule. An der TU erfolgt die Verschickung wesentlich kurzfristiger, so dass es problemlos möglich war, den Semesterticketbetrag mit der Rückmeldung gemeinsam einzuziehen. An der HU werden die Rückmeldeunterlagen bereits mit den Studienunterlagen des vorherigen Semesters verschickt. Die Kosten für notwendige Nachverschickung des Überweisungsträgers und des Austauschs der Studierendenausweise werden von der Hochschulverwaltung übernommen.

Für die FU sieht die Situation etwas anders aus: Um den Beitrag wie gewohnt mit der Rückmeldung einzuziehen, hätten sowohl das entsprechende Urabstimmungsergebnis als auch die Rechtsgrundlagen (Semesterticketvertrag, Semesterticket- und Sozialfondssatzung) Anfang November 2004 vorliegen müssen, denn da wurden die Rückmeldeunterlagen gedruckt. Die Hochschulverwaltung kann keinen Beitrag ohne rechtliche Sicherheit einfordern. Eine entsprechende Urabstimmung hätte Anfang

September beschlossen werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt war die Verhandlungssituation noch offen. Die Urabstimmung im SoSe 2004 ergab ein deutliches Votum für weitere Verhandlungen. 72 Prozent der FU-Studierenden war der Preis des VBB zu hoch. Ein Abbruch der Bemühungen, die gewünschten Verhandlungen einzufordern, hätte bedeutet, dieses Mandat nicht umzusetzen. Ein weiteres Problem stellt sich mit den Fristen zur Durchführung einer Urabstimmung. Ein rechtskräftiges Ergebnis hätte frühestens Mitte November vorliegen können. Selbst mit einer Gnadenfrist durch die Hochschulverwaltung hätte die Bereitstellung der genannten Rechtsgrundlagen nicht rechtzeitig erfolgen können. Dies ist auch der Grund, warum die Urabstimmung im SoSe 2004 nicht auf das WiSe 2004/2005 verschoben werden konnte und auch warum die Einführung des Semestertickets im WiSe 2002/2003 ein Semester später als an der TU erfolgte.

Angenommen, die Mehrheit der Studierenden wird sich nun für das VBB-Angebot aussprechen, so bleibt eine Umsetzung des Semestertickets für das SoSe 2005 trotzdem ausgeschlossen, weil die Möglichkeit einer Nachverschickung des Überweisungsträgers wie an der HU nicht leistbar ist. Technisch ist es natürlich kein Problem, aber unsere Hochschulverwaltung übernimmt diese Kosten nicht. Sie müssten von der Studierendenschaft übernommen werden. Dies beinhaltet nicht nur die Druck- und Portokosten, sondern auch die Kosten für das Ersetzen der Studierendenausweise (ca. 10 € pro Stück). Denn auch hier gilt, dass erst dann nachverschickt werden kann, wenn die Rechtsgrundlagen vorliegen. Dies wäre Mitte Februar. Da ist die Rückmeldefrist annähernd vorbei, das heisst, der Großteil der Studierenden hat bereits die Studienunterlagen, da sie schon seit Mitte Dezember 2004 verschickt werden. Kurz: Es geht um erhebliche Kosten, die der AStA nicht tragen kann.

Um es gleich vorweg zu nehmen, es ist auch nicht möglich, das Semesterticket als gesondertes Dokument auszugeben, weil sich die Verkehrsunternehmen dagegen sperren.

Auch die Erhebung einer einmaligen Verwaltungsgebühr, um die Kosten auf alle Studierende umzulegen, ist nicht umsetzbar. Die Haushaltsplanung des AStA erfordert einen Vorlauf von einem Jahr. Ein Rhythmus, der von der Hochschulverwaltung durch die Überweisung der Beiträge für die Studierendenschaft vorgegeben wird. Dies bedeutet, dass eine entsprechende Änderung der Beitragssatzung vor einem Jahr hätte erfolgen müssen. Und ein solcher Antrag wäre nicht nur etwas verfrüht gewesen, sondern hätte ebenso jeglicher Grundlage entbehrt und somit auch zu keinem Einverständnis des Präsidiums geführt.

Trotz aller Bemühungen wird es uns nicht erspart bleiben, im SoSe 2005 auf das Azubi-Ticket, Fahrrad oder Auto umzusteigen. Wie das Leben ab dem WiSe 2005/2006 aussieht, liegt wie immer in eurer Hand. Die Alternativen sind denkbar unbefriedigend: Entweder ein teures Semesterti-

cket, das eine Verlagerung des zumeist geringen Einkommens der Studierenden hin zu den Verkehrsunternehmen beinhaltet oder auf unabsehbare Zeit kein Semesterticket. Denn Verhandlungsmöglichkeiten allein für die FU sind unwahrscheinlich, gerade weil die anderen Hochschulen nachgegeben haben und daher bis zum SoSe 2008 vertraglich gebunden sind.

Regen oder Traufe – die Wahl liegt bei euch.
Die Urabstimmungen finden parallel zu den StuPa Wahlen vom 18. bis zum 10. Januar 2005 statt. Die Wahllokale sind in diesem AStA-Info bei der Wahlankündigung aufgeführt.

Urabstimmung über die Weiterführung des Semesterticket-Vertrages (18. bis 20. Januar 2005)

Abstimmungsfrage

»In dieser Abstimmung wird über ein Semesterticket entschieden, das eine Fahrtberechtigung für die Verkehrsmittel des VBB im Tarifgebiet Berlin ABC bietet. Der Betrag dafür ist gemäß § 18a Berliner Hochschulgesetz und der Satzung der Studierendenschaft für jedes Semester bei der Rückmeldung zusammen mit einem Sozialfondsbeitrag in Höhe von bis zu 1,80 € von allen Studierenden verpflichtend zu zahlen.

Wird die Frage von der Mehrheit der an der Wahl beteiligten Studierenden mit »Ja« beantwortet, kann ein Semesterticketvertrag zu den genannten Bedingungen abgeschlossen werden.

Die Unternehmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) verlangen in dem vorliegenden Vertragsangebot für die Fortsetzung des Semestertickets folgenden Preis:

- ab Wintersemester 2005/2006 ein Preis von 141,00 € pro Semester
- zum Sommersemester 2006 und im Wintersemester 2006/07 eine Steigerung auf 145,00 € pro Semester sowie
- zum Sommersemester 2007 und im Wintersemester 2007/08 eine Steigerung auf 149,50 € pro Semester.

Stimmst du diesem Angebot zu?«

ASTA FU LEGT RECHTSMITTEL GEGEN ORDNUNGSGELD EIN

Das Verwaltungsgericht Berlin hat am 2.11.2004 ein Ordnungsgeld gegen den AStA FU in Höhe von 15.000 € verhängt. Der Kläger Ulrich W. Schulte konnte das Ordnungsgeld beantragen, obwohl er sein Jurastudium bereits abgeschlossen hat, weil er noch als Promotionsstudent eingeschrieben ist. Das Gericht begründet die empfindliche Höhe des Ordnungsgeldes damit, dass der AStA sich von den bisherigen Ordnungsgeldern »nicht hat beeindrucken lassen«.

Vier Punkte wurden vom Verwaltungsgericht als Begründung angeführt:

1. Ein Terminhinweis auf der AStA-Webseite zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Wir nehmen den Maulkorb ab« zur Erweiterung des Berliner Hochschulgesetzes um ein »allgemeinpolitisches Mandat« für die Studierendenschaften.

2. Eine Resolution des Studierendenparlaments, auf die der AStA keinerlei Einfluß nehmen konnte.

3. Die Mitgliedschaft im freien Zusammenschluss von Studierendenschaften (fzs) wurde beanstandet, weil dieser sich allgemeinpolitisch betätige.

4. Ein Link unter vielen in der Rubrik »Presseschau« auf der AStA-Webseite.

Das Verwaltungsgericht hat bei seiner Urteilsbegründung in keinsten Weise berücksichtigt, dass der AStA der FU seit den Klagen zum politischen Mandat seine Praxis bezüglich der Unterstützung sogenannter allgemeinpolitischer Demonstrationen eingestellt hat und auch in den Publikationen des AStA keine nicht hochschulbezogenen Themen mehr behandelt werden.

Der AStA hat heute beim Oberverwaltungsgericht Beschwerde gegen das Ordnungsgeld eingelegt.

WAHLEN ZUM STUDIERENDEN- PARLAMENT

Vom 18. bis zum 20. Januar 2005 finden die alljährlichen Neuwahlen zum Studierendenparlament (StuPa) an der FU Berlin statt. Das StuPa wählt den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und beschließt den Haushalt der Studierendenschaft. In dem dir zugeordneten Wahllokal kannst du deine Stimme für eine von 39 Listen abgeben; mitbringen musst du deinen Personalausweis, Reisepass oder Führerschein und deinen Studierendenausweis.

Wahlen zu den Fachschaftsräten

Des Weiteren wird an einigen Fachbereichen der Fachschaftsrat gewählt. Gewählt werden kann nur am jewei-

ligen eigenen Fachbereich. Die Fachschaftsräte haben die Aufgabe, die besonderen Interessen der Studierenden des jeweiligen Fachbereichs zu vertreten, beispielsweise bei der Erstsemesterbetreuung und Studien- & Prüfungsberatung.

Semesterticket-Urabstimmung

Zeitgleich mit den studentischen Wahlen findet vom 18.01. bis zum 20.01.2005 eine weitere Urabstimmung zum Semesterticket statt. Es wird nochmals das Angebot des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) zur Abstimmung gestellt (siehe Artikel in diesem Heft).

Wahllokale zur Wahl der studentischen Gremien an der FU vom 20. bis zum 22. Januar 2005

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Charité-Universitätsmedizin-Berlin <ul style="list-style-type: none"> ▪ Standort Steglitz <ul style="list-style-type: none"> » Hindenburgdamm 30, 12 200 Berlin, Foyer vor der Cafeteria ▪ Standort Dahlem (hier nur Briefwahl) <ul style="list-style-type: none"> » Arnimallee 22, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Foyer ■ FB Veterinärmedizin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften <ul style="list-style-type: none"> » Koserstr. 20, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Flur ■ FB Philosophie und Geisteswissenschaften, FB Erziehungswissenschaft und Psychologie, Studierende, die keinem der genannten FB/ZI angehören, Briefwahl für alle FB/ZI (auch FSR) <ul style="list-style-type: none"> » Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Foyer v.d. Mensa ■ FB Politik- und Sozialwissenschaften (ohne Institut Publizistik- & Kommunikationswissenschaften, Ethnologie) ZI Osteuropa-Institut <ul style="list-style-type: none"> » Ihnestr. 21, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Foyer ■ ZI Lateinamerika-Institut <ul style="list-style-type: none"> » Rüdeshheimer Str. 54-56, 14197 Berlin, Erdgeschoß, Flur ■ FB Rechtswissenschaft <ul style="list-style-type: none"> » Van't-Hoff-Str. 8, 14195 Berlin, Wandelhalle | <ul style="list-style-type: none"> ■ FB Mathematik und Informatik Studierende der Bioinformatik FB Physik <ul style="list-style-type: none"> » Arnimallee 3, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Raum 006, Teeküche ■ FB Wirtschaftswissenschaft <ul style="list-style-type: none"> » Garystr. 21, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Foyer ■ FB Biologie, Chemie, Pharmazie (Wanderurne) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Standort Chemie: 18. Januar 2005 <ul style="list-style-type: none"> » Takustr. 3, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Garderobe ▪ Standort Biologie: 19. und 20. Januar 2005 <ul style="list-style-type: none"> » Königin-Luise-Str. 12-16, 14195 Berlin, Erdgeschoß, Foyer ■ Briefwahllokal für alle FB/ZI <ul style="list-style-type: none"> » Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Erdgeschoß, L-Straße ■ ZI John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien Institut für Ethnologie <ul style="list-style-type: none"> » Lahnsstr. 5-9, 14195 Berlin, Bibliothek ■ Institut für Publizistik- & Kommunikationswissenschaften, FB Geowissenschaften <ul style="list-style-type: none"> » Malteser Str. 74-100, 12249 Berlin, Haus G, Erdgeschoß, Foyer |
|--|--|

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE REFERATE UND DISKUSSION

VERANSTALTET VOM SOZIALREFERAT DES ASTA FU

Kritik der psychologischen Weltanschauung

Eine wissenschaftliche Menschenbildpflege und ihr politischer Gehalt

Die Wissenschaft der Psychologie hat in den letzten Jahrzehnten einen unbestreitbaren Siegeszug angetreten. Ihre Theorien, zumindest Versatzstücke davon, erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. Sie werden herangezogen, wenn es um folgende Frage geht: Was steckt »dahinter«, wenn Menschen das tun, was sie tun? Und kein Gegenstand vom Krieg über den Selbstmord, die Liebe und die Ausländerfeindlichkeit bis hin zur Börsenspekulation bleibt von dieser Fragestellung verschont.

So wollen bekanntlich Sozialwissenschaftler herausgefunden haben, dass hinter dem Rechtsextremismus bei Jugendlichen »Orientierungslosigkeit« steckt. Und auch außerhalb universitärer Gefilde blüht das Psychologisieren. Mittlerweise kann man in Frauenzeitschriften nachlesen, welche »Triebstruktur« dafür verantwortlich zeichnet, wenn Männer untreu werden. Fußball-Stammtische sind sich darin einig dass die schlechten Leistungen ihrer Lieblingsmannschaft auf »Motivationsprobleme« zurückzuführen sind. Und nicht nur die Bild-Zeitung erkundet die Geisteskrankheit hinter Osama-bin-Laden.

Auch Linke sind längst dem Reiz dieser Wissenschaft erlegen. Die einen suchen in Freud- und Adorno-Zitaten nach dem sado-masochistischen (National-)Charakter. Andere erklären beispielsweise rassistische Übergriffe damit, die westliche Psyche sei immerzu nur auf das »Eigene« gepolt,

und würde deshalb eine quasinatürliche Aversion gegen das »Fremde« hegen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Alle diese psychologischen Deutungen, so verschieden bis gegensätzlich sie untereinander auch sein mögen, fußen auf derselben »Denkweise«. Sie erklären den Willen und das Bewusstsein des Menschen zum Produkt von psychischen Instanzen, die »dahinter« wirksam sind. Wir mögen zwar so unsere Motive haben – doch letztlich beherrschen diese hintergründigen psychischen Instanzen unser Tun. So deuten die Anhänger der psychologischen Weltanschauung sich und ihre Mitmenschen als das Anhängsel, als die abhängige Variable der Wirkkraft höherer Mächte. Und diese Wirkkräfte heißen, je nach Zugehörigkeit zu den verschiedenen Schulen der Psychologie, Über-Ich, Aggressionstrieb, Reiz-Reaktions-Muster, Entwicklung, Hirnphysiologie oder Anlage/Umwelt.

Das Referat will nachweisen, dass in der psychologischen Denkweise ein (zirkulärer) Determinismus steckt. Gezeigt werden soll, mit welcher falschen Logik er »begründet« wird und worin die gesellschaftliche Leistung dieser Denkweise besteht. Argumentiert wird anhand von Zitaten der Klassiker von Skinner über Freud und Adorno und repräsentativen zeitgenössischen Autoren wie Zimbardo, Ostermann/Nicklas und Alice Müller.

Referent: Prof. Dr.
Albert Krölls

Zeit: Mittwoch,
19.1.2005, 18:00 Uhr

Ort: Hörsaal 1b,
Silberlaube (Habel-
schwerdter Allee 45,
U Dahlem-Dorf)

Philosophie II: Die »Kritische Theorie« der Frankfurter Schule

Sehnsucht nach Versöhnung als Gesellschaftskritik

Alles, was sich gegen Philosophie im Allgemeinen sagen lässt, soll gegen Adorno, Horkheimer und ihren Kreis nicht gelten. Denn sie selber haben Fachkollegen dafür kritisiert, dass sie mit der Konstruktion eines höheren Sinns oder mit blankem Positivismus schlimme und schlimmste gesellschaftliche Zustände im 20. Jahrhundert gerechtfertigt haben.

Gewiss, Adorno und Horkheimer kritisieren den Kapitalismus und den Tausch, den Faschismus und die moderne Demokratie, Kunst und Kitsch, Unterhaltungs- und Bewusstseinsindustrie, affirmative bürgerliche Sozialwissenschaft und dienstbare Naturwissenschaft – aber eben vom Standpunkt eines reaktionären Philosophenideals aus. Die Legitimationen, die andere der kapitalistischen Welt basteln, finden sie nicht echt, ungläubwürdig und unverant-

wortlich – und halten an ihrer geradezu religiösen Sehnsucht nach Versöhnung, Sinn und Legitimation in der Form eines höchsten, aber stets unbefriedigten Bedürfnisses fest. Was das »Ganz Andere« sein mag, das uns so fehlt, ist also kein Geheimnis.

Die Frankfurter Kritiker verurteilen den Kapitalismus als Materialismus, den Tausch als Abstraktion, Auschwitz als Triumph der Zweckmäßigkeit, Wissen als Positivismus, Logik als Gewalt, Kunst als Genuss und geben so zu erkennen, was sie nicht leiden können. Und so etwas gilt heute noch erstens als intellektuell und zweitens als unüberholbar kritisch.

Seine schlechte Meinung über gesellschaftskritische Philosophen wird der Referent anhand von jeder Menge Originalzitate darlegen und zur Diskussion stellen.

Referent: Dr.
Peter Decker

Zeit: Mittwoch,
26.1.2005, 18:00 Uhr

Ort: Hörsaal 1b,
Silberlaube (Habel-
schwerdter Allee 45,
U Dahlem-Dorf)

<p>AusländerInnenberatung</p> <p>Telefon: 839 091-17 Di 14⁰⁰-17⁰⁰ Mi 10³⁰-15³⁰ Fr 10⁰⁰-12⁰⁰</p>	<p>Sozialberatung</p> <p>Telefon: 839 091-13 Di 11⁰⁰-16⁰⁰ E-Mail: sozialberatung@astafu.de</p>	<p>Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung</p> <p>Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorh.) Fr 13⁰⁰-17⁰⁰ Online: http://www.gaycampus.de/beratung.html E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de</p>
<p>BAföG-Beratung</p> <p>Telefon: 839 091-12 Mo 10⁰⁰-15⁰⁰ Di 12⁰⁰-17⁰⁰ Mi 10³⁰-15³⁰</p>	<p>Behindertenberatung</p> <p>Telefon: 838 56 203 Fax: 838 56 354 Do 12⁰⁰-17⁰⁰ Raum K 29/202 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Aufzug gg.über Hörsaal 1 E-Mail: behindertenberatung@astafu.de</p>	<p>Hochschulberatung</p> <p>Telefon: 839 091-13 Di 11⁰⁰-16⁰⁰ E-Mail: hochschulberatung@astafu.de</p>

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10⁰⁰-18⁰⁰ UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

ASTA-BERATUNGEN

<p>Frauenberatung</p> <p>Telefon: 839 091-23 Do 11⁰⁰-13⁰⁰</p>	<p>Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)</p> <p>Telefon: 839 091-22 Do 13⁰⁰-15⁰⁰</p>	<p>Rechtsberatung</p> <p>Telefon: 839 091-0 Fr 16⁰⁰-18⁰⁰ Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.</p>
---	---	---

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE REFERATE UND DISKUSSIONEN
 veranstaltet vom *Sozialreferat* des AstA FU Berlin

KRITIK DER PSYCHOLOGISCHEN WELTANSCHAUUNG
 Mittwoch 19.01.05 Referent Prof. Dr. Albert Kroells

PHILOSOPHIE II KRITIK DER KRITISCHEN THEORIE
 Mittwoch 26.01.05 Referent Dr. Peter Decker

ZEIT JEWELS 18:00 UHR **ORT** HÖRSAAL 1B IN DER SILBERLAUBE